

Wir werden angegriffen

Zu den aktuellen Angriffen auf unsere sozialen und demokratischen Rechte

Seminar ver.di BG Senioren Post im Fachbereich E am 11.9.26
Arbeitskammer des Saarlandes - Bildungszentrum Kirkel

Michael Quetting,
ver.di Vorstand OV Saar-Blies

Wir werden angegriffen

26

ver.di

ANGRIFFE AUF SOZIALE RECHTE!



KÜRZUNGEN
BEI RENTEN



ABBAU IM
GESUNDHEITSWESEN



DRUCK AUF
SOZIALHILFE

ANGRIFFE AUF DEMOKRATISCHE RECHTE!



EINSCHRÄNKUNG DER
VERSAMMLUNGSFREIHEIT



SCHWACHUNG DER
MITBESTIMMUNG



VERFAHRENS-
VERZÖGERUNGEN

FÜR EINE
GESICHERTE
ZUKUNFT

ver.di

SENIOREN

WIR VERTEIDIGEN
UNSERE RECHTE!

WIR VERTEIDIGEN
UNSERE RECHTE!

WIR SICHERN DIE ZUKUNFT!



FORDERUNGEN
DURCHSETZEN



WISSENSTRANSFER



WEITBLICK FÜR
GENERATIONEN

VON DER ERKENNTNIS DES ANGRIFFS ZUR
GEMEINSAMEN VERTEIDIGUNG & ZUKUNFTSGESTALTUNG!

UNSERE VERTEIDIGUNGSSTRATEGIE!



SOLIDARITÄT DER
GENERATIONEN



ÖFFENTLICHE
MOBILISIERUNG



STÄRKUNG DER
GEWERKSCHAFT

1. Der geplante Sozialabbau

um was geht es?

2. Der aufgeblähte Sozialstaat

ein Mythos

3. Der Elefant im Raum

auf dem Weg in die Kriegswirtschaft

4. Die Zeitenwende

wird zum Wendepunkt der Gewerkschaften

5. Hart verdient - deine Rechte und soziale Standards

heraus zum 26. September

Überblick



1. Der geplante Sozialabbau um was geht es?

Rente runter

ver.di

Die Bundesregierung hat angekündigt, alle Vorschläge umzusetzen, die die von ihr eingesetzte Alterssicherungskommission gemacht hat.

- Demnach soll die Regelaltersgrenze im Zeitraum zwischen 2031 und 2041 schrittweise von 67 auf 67,5 Jahre angehoben werden, je nachdem, wie sich die durchschnittliche Lebenserwartung entwickelt.
- Die Möglichkeit, über eine verblockte Altersteilzeit aus dem Erwerbsleben ausscheiden zu können, soll entfallen.
- Es soll auch keine Möglichkeit mehr geben, nach vielen Jahren harter Arbeit vorzeitig ohne Verluste in Rente zu gehen – die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren soll gestrichen werden. Selbst ein Renteneintritt mit Abschlägen soll frühestens ab dem 64. Lebensjahr möglich sein.
- Derzeit gilt eine Haltelinie für das Rentenniveau von 48 Prozent, das ergibt eine durchschnittliche Rente von gerade einmal 1.100 Euro. Diese Haltelinie soll Ende 2031 auslaufen, damit besteht die große Gefahr, dass ab dem Zeitpunkt das Rentenniveau noch weiter sinkt.



Ländervergleich

Land	Abschlagsfreies Eintrittsalter (mit 45 Beitragsjahren)	Rentenbeitrag (Arbeitnehmer / Arbeitgeber)	Geschätzte Bruttorente (pro Monat)	Geschätzte Nettorente (nach Steuern & Sozialabgaben)	Effektives Rentenniveau (Netto-Ersatzrate)
 Deutschland	65 Jahre (ab Geburtsjahrgang 1964)	9,3 % / 9,3 %	~ 1.836 €	~ 1.510 €	~ 58 %
 Frankreich	64 Jahre (oder früher via <i>Carrière longue</i>)	~ 11,3 % / ~ 16,5 % (inkl. Agirc-Arrco)	~ 2.800 €	~ 2.350 €	~ 78 %
 Österreich	65 Jahre (Korridor pension ab 62 J. nur mit Abschlag)	10,25 % / 12,55 %	~ 3.420 € (inkl. 13./14. Rente)	~ 2.650 €, (inkl. 13./14. Rente)	~ 88 %
 Italien	62–64 Jahre (Sonderregeln wie <i>Quota 103</i>)	9,19 % / 23,81 %	~ 3.200 €	~ 2.310 €	~ 80 %

Ländervergleich für einen verheirateten Arbeitnehmer mit einem Kind, 45 Beitragsjahren und einem konstanten **Monatseinkommen von 4.000 € brutto** (48.000 € brutto/Jahr) unter Berücksichtigung der aktuellen Gesetzeslage für das Jahr **2026**.

Stand September 26

Ländervergleich monatliche Rentenbeiträge

Land	Beitrag Arbeitnehmer (AN)	Beitrag Arbeitgeber (AG)	Gesamtbeitrag pro Monat	Staatlicher Zuschuss aus Steuermitteln
 Deutschland	372,00 €	372,00 €	744,00 €	Ja , massiver Bundeszuschuss (deckt ca. 25–30 % der Gesamtausgaben)
 Frankreich	~ 452,00 €	~ 660,00 €	~ 1.112,00 €	Ja , über Sondersteuern (CSG) und den Staatshaushalt
 Österreich	410,00 €	502,00 €	912,00 €	Ja , die „Ausfallhaftung“ des Staates deckt ca. 20–25 %
 Italien	367,60 €	952,40 €	1.320,00 €	Ja , extrem hohe staatliche Zuschüsse für das Defizit der INPS

Hier sind die konkreten Euro-Beträge, die bei einem Einkommen von **4.000 € brutto im Monat** von Arbeitnehmer und Arbeitgeber eingezahlt werden, sowie die Information zu den staatlichen Zuschüssen.

Stand September 26

Diskussion über Witwenrente

Es wird immer wieder die Abschaffung der klassischen Witwenrente gefordert. Es soll ein verpflichtendes Rentensplitting eingeführt werden.



Begründet wird dies damit, dass das Modell nicht mehr zeitgemäß sei und Frauen heute vermehrt selbst vorsorgen können.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Alterssicherungskommission prüft Reformoptionen zur Hinterbliebenenversorgung, hat jedoch keine generelle Abschaffung empfohlen, sondern empfiehlt die Anpassung an veränderte Lebensmodelle.

Was nun konkret vorgeschlagen werden wird, muss man abwarten.

Sachgrundlose Befristung



Künftig sollen Beschäftigte statt wie bisher zwei Jahre doppelt so lange, nämlich bis zu vier Jahre und sechsmal in Folge sachgrundlos befristet werden können.

Schon die heutigen Regelungen sind für viele Menschen – egal ob jung oder alt – eine Katastrophe. Sie müssen sich von Befristung zu Befristung hangeln. Zusätzliche Unsicherheit schafft die Bundesregierung, indem sie das Schriftformerfordernis für Befristungen abschaffen will.



Acht Stunden Tag

Die Bundesregierung plant nach wie vor, statt der täglichen Höchstarbeitszeit eine wöchentliche maximale Arbeitszeit einzuführen,

was tägliche Arbeitszeiten bis zu 13 Stunden ermöglichen und den Druck auf die Beschäftigten entsprechend erhöhen würde.

Krankschreibung



Künftig soll eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU) bereits am ersten Krankheitstag vorgelegt werden müssen. Abgeschafft werden soll auch die telefonische Krankschreibung. Das belastet Beschäftigte, die sich künftig z.B. mit Migräne oder einem grippalen Infekt in die Arztpraxis schleppen müssten. Die ohnehin vollen Wartezimmer von Hausarztpraxen werden aus allen Nähten platzen und wer nicht rechtzeitig einen Arzttermin bekommt, steht vor einem zusätzlichen Problem.

Gesundheit

Die **Sparpläne** treffen Versicherte, Beschäftigte und Kliniken gleichermaßen.

- Für gesetzlich Versicherte steigen die Zuzahlungen bei Medikamenten auf 7,50 bis 15 Euro – mit jährlicher Anpassung.
- Die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern wird ab 2028 eingeschränkt.
- Krankenhäuser verlieren allein 2027 rund 5,1 Milliarden Euro.
- Tarifierhöhungen werden künftig nicht mehr vollständig refinanziert, das Pflegebudget wurde gedeckelt und steigt lediglich um die Grundlohnsummenveränderungsrate und in den Jahren 27 bis 29 wird dies noch um 1 Prozent gekürzt. Die Pauschale von 2,5 % für pflegeentlastende Maßnahmen fällt weg.
- Das Personalbemessungsinstrument PPR 2.0 soll nicht mehr greifen.

Laut einer Studie des hcb-Instituts würden die Regierungspläne bis 2030 fast 30 Milliarden Euro aus den Krankenhäusern herausziehen und fast die Hälfte aller Kliniken in akute Insolvenzgefahr treiben.

- Rund 140 000 Arbeitsplätze sind bedroht.
- Sämtlicher tarifpolitischer Fortschritt ist damit bedroht. Die mit der Corona-Pandemie gegenüber den Beschäftigten des Gesundheitswesens artikulierte Wertschätzung tritt die Bundesregierung in die Tonne.
- Fahrlässig ist auch der geplante Verwaltungskostendeckel für die gesetzlichen Krankenkassen. Der soll für Personal- und Sachkosten gelten. Auch das bedeutet Personalabbau, Arbeitsverdichtung und letztlich schlechteren Service für Versicherte.

Pflege

Die Pflicht, Beschäftigte in der Altenpflege nach Tarif zu bezahlen, soll ausgesetzt werden.

Damit wird eine der wenigen wirksamen Verbesserungen der letzten Jahre zurückgedreht. Und das ausgerechnet in einem Bereich, in dem Fachkräftemangel bereits heute die Versorgung gefährdet.

Pflegebedürftige sollen erst mit sechsmonatiger Verzögerung in die nächsthöhere Pflegestufe eingestuft werden.

Gekürzt werden soll auch an denen, die Pflege für ihre Angehörigen übernehmen: Von den dafür fälligen Rentenversicherungsbeiträge soll Bei der stationären Pflege betragen die Eigenanteile derzeit über 3.245 Euro im Monat, Tendenz steigend. Das überfordert bereits viele Menschen. Die Bundesregierung will, dass diese hohen Eigenanteile - noch länger als bis jetzt schon - vollständig aus der eigenen Tasche bezahlt werden müssen.



Wohngeld

Die Bundesregierung will das Wohngeld um 1,5 Milliarden Euro kürzen und damit fast halbieren.

Voraussichtlich wird jeder dritte Haushalt, der jetzt Anspruch auf Wohngeld hat, diesen verlieren.

Dies trifft Menschen mit niedrigen Einkommen besonders hart, in teuren Ballungszentren auch Vollzeit-Beschäftigte, zum Beispiel im Krankenhaus, bei der Post oder der Ver- und Entsorgung.



Kinder-/Jugend- und Eingliederungshilfe

- Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollen künftig keine individuelle Schulbegleitung mehr erhalten. Für viele von ihnen ist diese Unterstützung die Voraussetzung dafür, überhaupt am Schulunterricht teilnehmen zu können.
- Das Wunsch- und Wahlrecht, in einer eigenen Wohnung zu leben, soll eingeschränkt werden. Damit würde ein zentrales Element der Selbstbestimmung behinderter Menschen zur Disposition gestellt.
- Die Refinanzierung von Tarifsteigerungen und Fachkräftevorgaben in der Behindertenhilfe soll gestrichen werden. Das gefährdet nicht nur die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, sondern langfristig die Qualität der gesamten Versorgung.



Stellenabbau im öffentlichen Dienst auf Bundesebene



In den Bundesbehörden und den Behörden der mittelbaren Bundesverwaltung (z.B. Bundesagentur für Arbeit oder Rentenversicherung) sollen pauschal acht Prozent der Stellen eingespart werden.

Der als „Digitalisierungsrendite“ schön geredete Plan sieht nicht vor, mit welchen Investitionen in welchen Bereichen der Einsatz von IT und KI die Arbeit erleichtern soll und wie sich das auf den Service für die Bürger*innen und die Perspektiven der Beschäftigten auswirkt.



Die Zuckersteuer

In Deutschland ist aktuell eine Zuckersteuer auf Erfrischungsgetränke geplant, um angeblich den Zuckerkonsum zu senken und die Gesundheit von Kindern zu schützen. So im Zusammenhang mit dem GKV-Gesetz in die Diskussion eingeführt. Damit will man 650 Millionen Euro zweckgebunden der GKV zukommen lassen.

In der Realität geht es um eine reine Verbrauchssteuer, die unsozial ist. Offensichtlich nutzt die Bundesregierung die Steuer primär als „Abzocke“ zur Stopfung von Haushaltslöchern und zur Sanierung der Krankenkassen statt echten Gesundheitsschutz zu betreiben.

- **Die ursprüngliche Idee:** Die Finanzkommission der Gesundheit hatte eine Zuckerabgabe empfohlen. Sonderabgaben können rechtlich zweckgebunden direkt an die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) geleitet werden.
- **Ausführung:** Die Bundesregierung hat sich im Rahmen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes jedoch für eine allgemeine Steuer entschieden. Eine rechtlich wasserdichte, automatische Zweckbindung ist hierbei ausgeschlossen.
- **Kritik der Experten:** Gesundheitsverbände wie die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und die AOK laufen Sturm gegen diese Konstruktion. Sie befürchten, dass das Geld im Bundeshaushalt "versickert" und zum Stopfen allgemeiner Haushaltslöcher genutzt wird, anstatt die Krankenkassenbeiträge zu stabilisieren oder in die Ernährungsprävention zu fließen.

Abbau demokratischer Rechte

Während die Bundesregierung und Befürworter diese Maßnahmen meist mit der **Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, dem Schutz vor Extremismus** oder der Abwehr von Antisemitismus begründen, sehen die juristischen und zivilgesellschaftlichen Verfasser des Grundrechte-Reports darin eine **gefährliche Normalisierung** staatlicher Eingriffe in liberale Bürgerrechte,

Versammlungsfreiheit

- Präventivgewahrsam in einigen Bundesländern eingeführt
- Zunehmend Demonstrationsverbote insbesondere im Zusammenhang mit propalästinensischen Protesten

Meinungsäußerung

- Kriminalisierung von Symbolik
- Klima der Einschüchterung durch stigmatisierende Sprache

Asylrecht

- Asylrechtsverschärfungen
- Auslagerung von Sachleistungen durch Bezahlkarte

Datenschutz

- Informationelle Selbstbestimmung wird durch Sicherheitsgesetze zurückgedrängt
- Befugnisse der Geheimdienste und Polizei wurden ausgeweitet

Einschränkung des IFG

Die Bundesregierung hat im Juli 2026 im Koalitionsausschuss weitreichende Beschlüsse zur **Einschränkung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG)** gefasst, was zu einer massiven Verengung staatlicher Auskunftspflichten führt.

Die geplanten Änderungen im Detail:

Die 5 Kernpunkte der Auskunftsverengung

- **Pflicht zum „berechtigten Interesse“:** Bisher musste man Anfragen nicht begründen.
- **Ausschluss von Organisationen (NGOs & Medien):** Das Recht soll nur noch für „natürliche Personen“ gelten. Redaktionen, Verlage oder gemeinnützige Organisationen (wie Greenpeace oder Transparency International) dürfen keine eigenen Anträge mehr stellen.
- **Einschränkung nach Nationalität und Wohnsitz:** Es wird geprüft, das Recht ausschließlich auf Deutsche und in Deutschland lebende EU-Bürger zu beschränken. Ausländische Journalisten oder Menschen im Exil werden komplett ausgeschlossen.
- **Pauschalierte Schwärzung von Beamtennamen:** Die Namen von Behördenmitarbeitern in den Akten sollen standardmäßig unkenntlich gemacht werden. Dies erschwert es massiv, individuelle Verantwortlichkeiten für staatliche Fehlentscheidungen nachzuvollziehen.
- **Abschaffung der Kostenobergrenze:** Die bisherige Deckelung der Gebühren (maximal 500 Euro) soll fallen. Durch das „Kostendeckungsprinzip“ drohen immense finanzielle Hürden, die Normalbürger von Anfragen abschrecken.

Streikrecht unter Druck

Das Streikrecht in Deutschland ist grundrechtlich über Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes (Koalitionsfreiheit) geschützt, aber gesetzlich kaum detailliert geregelt – es basiert im Wesentlichen auf der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.

Aktuelle Debatte um Einschränkungen

Wegen größerer Ausfälle im Verkehr und in der Daseinsvorsorge fordern Arbeitgeberverbände (wie die BDA) sowie Politiker von CDU/CSU und FDP immer wieder gesetzliche Neuregelungen.

- **Ankündigungsfristen:** Streiks im Bereich der kritischen Infrastruktur oder des Verkehrs sollen Tage im Voraus (z. B. 96 Stunden oder eine Woche) angekündigt werden.
- **Zwangsschlichtung:** Vor harten Arbeitskämpfen soll ein vorgeschaltetes Schlichtungsverfahren verpflichtend sein.
- **Notdienste / Abkühlphasen:** Gesetzliche Verpflichtungen zum Schutz unbeteiligter Bürger und zur Aufrechterhaltung von Notdiensten.

Streikrecht ist für uns Gewerkschaften unabdingbar.

- 2024 Streik der Kita-Beschäftigten in Berlin untersagt.
- Arbeitsgericht Erfurt untersagte Streik am Klinikum Weimar für eigenen Tarifvertrag
- Diskussion ob Streik ein Sicherheitsrisiko darstelle
- FDP legte Positionspapier zur Einschränkung des Streikrechts vor

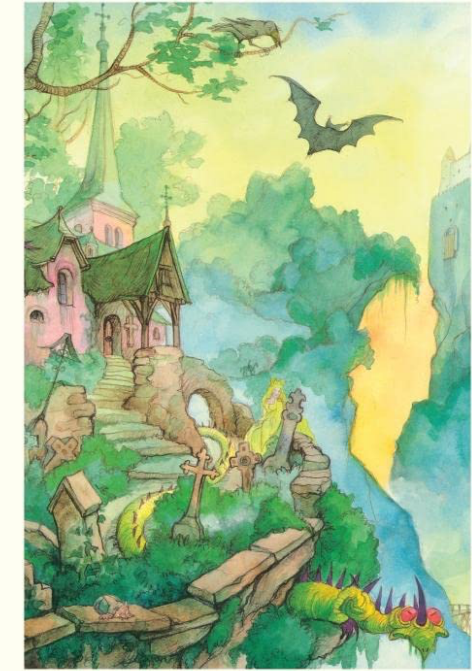


2. Der aufgeblähte Sozialstaat ein Mythos

Die Erzählung

„Die Sozialausgaben explodieren, die Steuern sind zu hoch und der Arbeitsmarkt überreguliert“ – solche Vorwürfe hört man seit Jahren von Arbeitgeberverbänden und marktradikalen Ökonomen. Ihre Botschaft ist immer dieselbe: Weniger Sozialstaat bedeutet mehr wirtschaftliches Wachstum.

Doch diese Erzählung ist interessengeleitet – und ist falsch. Die Krise hat andere Ursachen.



Das große Märchenbuch

Diogenes

Fakt ist

Die deutsche Wirtschaft leidet nicht unter einem „aufgeblähten“ Sozialstaat. Sie kämpft vielmehr mit einer schwachen Binnennachfrage, den Nachwirkungen der Energiekrise, massiven Investitionsdefiziten und globalen Umbrüchen.

Das exportgetriebene Wirtschaftsmodell Deutschlands gerät dadurch von außen wie von innen unter Druck.

Besonders energieintensive Branchen und Schlüsselindustrien wie die Automobil- und Chemieindustrie verlieren Marktanteile und fahren ihre Produktion herunter.

Sozialausgaben bremsen nicht – sie stabilisieren

Die Sozialleistungsquote - also der Anteil der Sozialausgaben an unserer Wirtschaftsleistung - ist heute niedriger als im Jahr 2020.

Auch langfristig sind die Sozialausgaben in Deutschland langsamer gestiegen als in vielen vergleichbaren Industrieländern.

Und die oft beschworene „Beitragsexplosion“ ist ebenfalls ein Mythos: Die Gesamtbeitragslast der Sozialversicherungen beträgt heute 42,5 Prozent des Bruttoeinkommens – genau wie in den 2000er Jahren. Von einer Kostenexplosion kann also keine Rede sein.

Der Sozialstaat ist nicht die Ursache der aktuellen Wachstumsschwäche, sondern Teil der wirtschaftlichen Stabilisierung.

Gute Arbeit stärkt die Wirtschaft

Denn Tarifverträge, Mindestlöhne, Kündigungsschutz, starke Mitbestimmungsrechte und soziale Sicherungssysteme verbessern die Verhandlungsmacht der Beschäftigten. Sie sorgen so für höhere und stabilere Einkommen, stärken die Kaufkraft und stützen die Binnennachfrage.

Doch die mittlerweile systematischen Angriffe vieler Arbeitgeber auf die Mitbestimmung, sowie zunehmend unsichere Beschäftigung und fehlende Tarifbindung schwächen nicht nur die Beschäftigten, sondern die gesamte Volkswirtschaft.

Gute Fachkräfte fallen nicht vom Himmel

Eine leistungsfähige Wirtschaft braucht darüber gut ausgebildete, gesunde und motivierte Arbeitskräfte. Das setzt einen starken Sozialstaat voraus: mit guter Bildung, einem funktionierenden Gesundheitswesen, verlässlicher Kinderbetreuung und einer bedarfsorientierten Pflegeinfrastruktur.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Qualifizierung stärkt, altersgerechte Arbeitsplätze fördert und flexible Arbeitszeiten ermöglicht, erhöht die Erwerbstätigkeit – insbesondere von Frauen und älteren Beschäftigten. Wer hier spart, schwächt langfristig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Daseinsvorsorge ist Standortpolitik

Der Sozialstaat stellt zentrale öffentliche Güter und Dienstleistungen bereit: funktionierende Verkehrswege, Energie- und Wassernetze, soziale Infrastruktur, öffentliche Sicherheit, bezahlbaren Wohnraum und vieles mehr. All das ist Grundlage für ein produktives Wirtschaften. Eine marode Infrastruktur mit baufälligen Brücken oder fehlenden Kita-Plätzen hingegen ist ein klarer Standortnachteil.

Gleichzeitig ist die öffentliche Daseinsvorsorge selbst ein bedeutender Beschäftigungsmotor. Über 5,4 Millionen Menschen arbeiten allein im öffentlichen Dienst.

Weniger Ungleichheit, mehr Wachstum

Seit der Deutschen Einheit ist die Einkommensungleichheit in Deutschland gestiegen. Der Sozialstaat wirkt dieser Entwicklung entgegen, indem er Lebensrisiken absichert – etwa durch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Ausbildungsförderung oder Arbeitslosengeld.

Diese Umverteilung stärkt die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommen und fördert so die Binnennachfrage. Eine hohe Einkommensungleichheit hingegen schwächt das Wachstum, verschärft soziale Spannungen und belastet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Sozialstaat und Demokratie

In Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs wirkt der Sozialstaat als Stabilisator. Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, progressive Steuern und staatliche Investitionen sichern Einkommen und verhindern Massenarbeitslosigkeit.

Denn soziale Sicherheit ist eine zentrale Voraussetzung für eine widerstandsfähige Demokratie. Wer Abstiegsängste hat, verliert schneller das Vertrauen in Politik und Institutionen. Und genau hier setzen rechtspopulistische Kräfte an. Nicht zufällig entstehen rechtsextreme Hochburgen vor allem dort, wo Menschen abgehängt sind, Mindestlöhne die Regel und öffentliche Dienstleistungen rar sind.

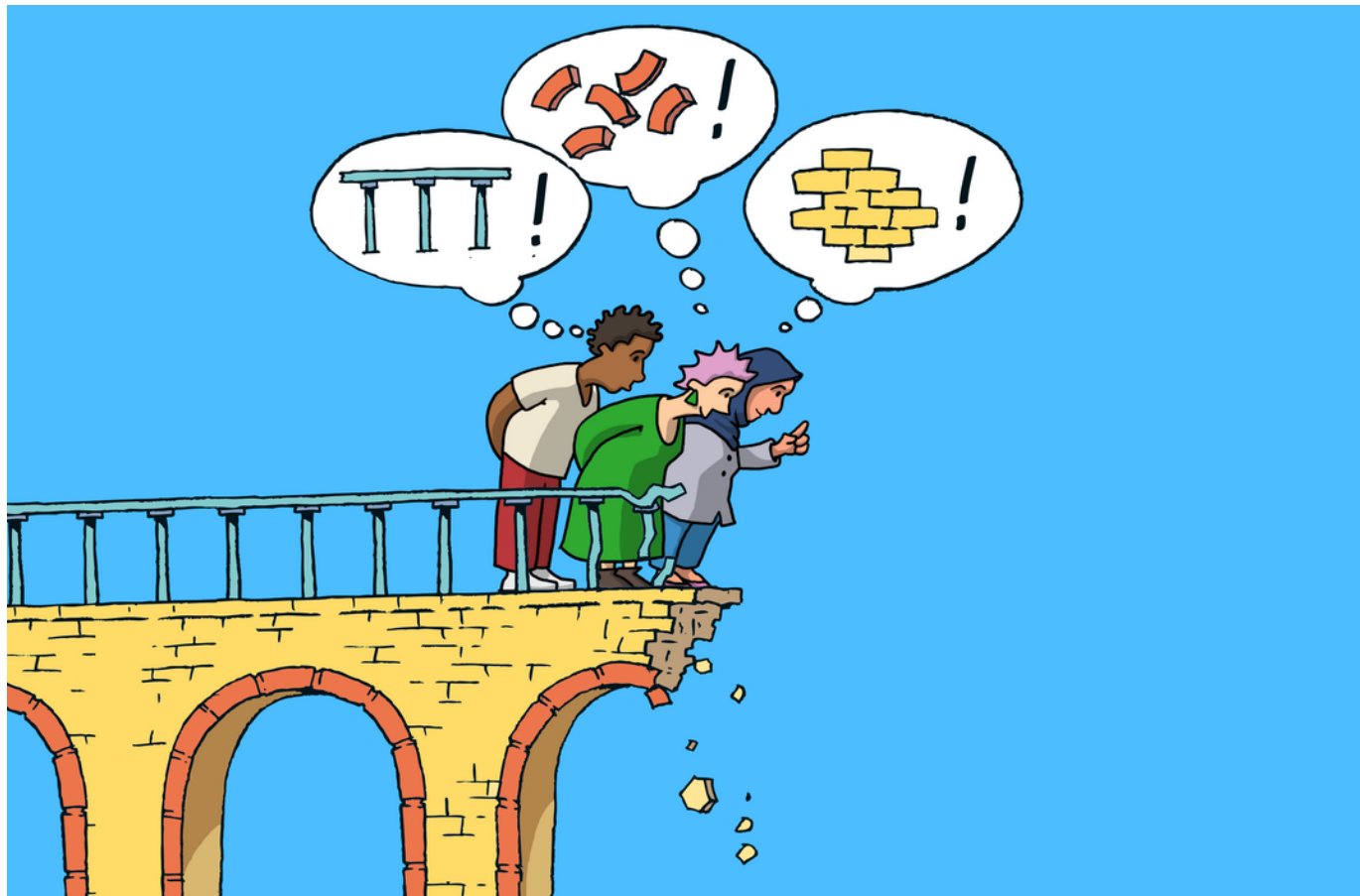
Ein starker Sozialstaat, gute Arbeit und eine verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge sind deshalb nicht nur wirtschaftlich sinnvoll – sie sind der wirksamste Schutz gegen soziale Spaltung und Demokratiefeindlichkeit.

Fragen wir uns einmal, warum das alles?

Warum?

Warum erleben wir diesen fundamentalen Angriff auf unser Leben?

Gleichzeitiges Auftreten mehrerer Krisen



- Wirtschaftskrise
- Energiekrise
- Strukturelle Krise
- geopolitische Krise
- Transformationsproblematik
- Klimakrise
- Artensterben
- Vertrauensverlust in Institutionen
- Demografischer Druck
- etc

Die offizielle und veröffentlichte Begründung:

- Wir müssen kriegstüchtig werden.
- Angeblich will der Russe uns überfallen, deswegen ist Militarisierung angesagt
- Primat der Sicherheitspolitik
- Krieg wird wieder opportun, sei es der Krieg, „im Ausmaß wie ihn unsere Großeltern und Urgroßeltern erlebt haben“ (Nato Generalsekretär Rutte)
- Man will 5 % des BIP für Rüstung ausgeben
- Unbegrenzte Rüstungsausgaben:
Merz: Whatever it takes



Benennen wir mal unsere Probleme im Land:

- Investitionsstau bei den Kommunen von 216 Milliarden Euro
- Sozialsysteme unterfinanziert und mit versicherungsfremden Leistungen belastet.
- Transformation der Wirtschaft nötig
- Wachsender Personalbedarf in Kitas, Schulen, Universitäten, Kliniken und Altersheimen (Pflege allein über 100.000)
- Allein im ÖD beläuft sich der Personalmangel auf über 300.000 Arbeitskräfte.
- Brauchen Verkehrswende

Die Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit ist in Gefahr.

Wer hat das Sagen?

ver.di

Über was wird geredet?

Wo können wir kürzen?

Wie können die Beschäftigte mehr arbeiten?

Wie kann man die demokratischen Rechte einschränken?

Wie können wir Rente und Pension kürzen?

Darüber müssen wir reden:

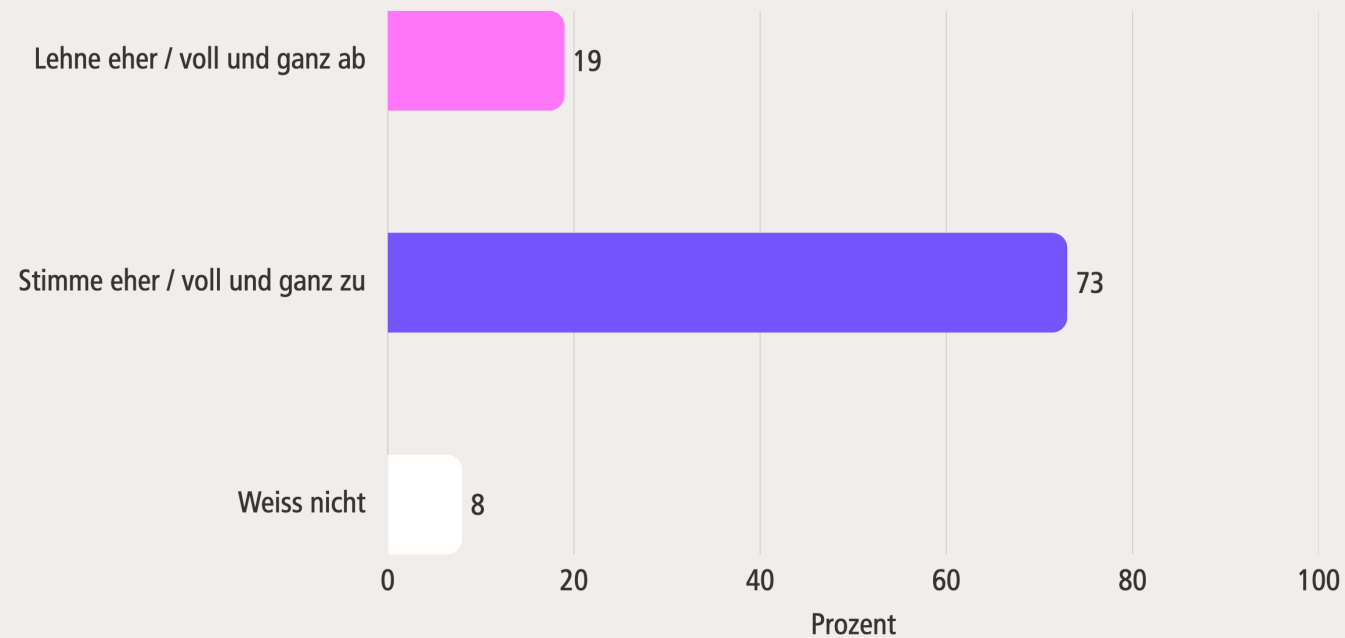
Wie wird die Daseinsvorsorge gerechter finanziert und gestaltet?

Was ist mit den Reichsten?

Warum werden die Millionäre immer weniger an den Kosten für das Gemeinwesen beteiligt?

Was meint die Bevölkerung?

Menschen mit sehr hohen Vermögen sollten zur Finanzierung des Sozialstaats stärker als bisher herangezogen werden.



STABIL
BLEIBEN
SOZIAL
GESTALTEN

Quelle: YouGov Omnibus Politik, Wohnbevölkerung ab 18 Jahren. Befragt wurden 2.315 Personen vom 20. - 23.02.2026.

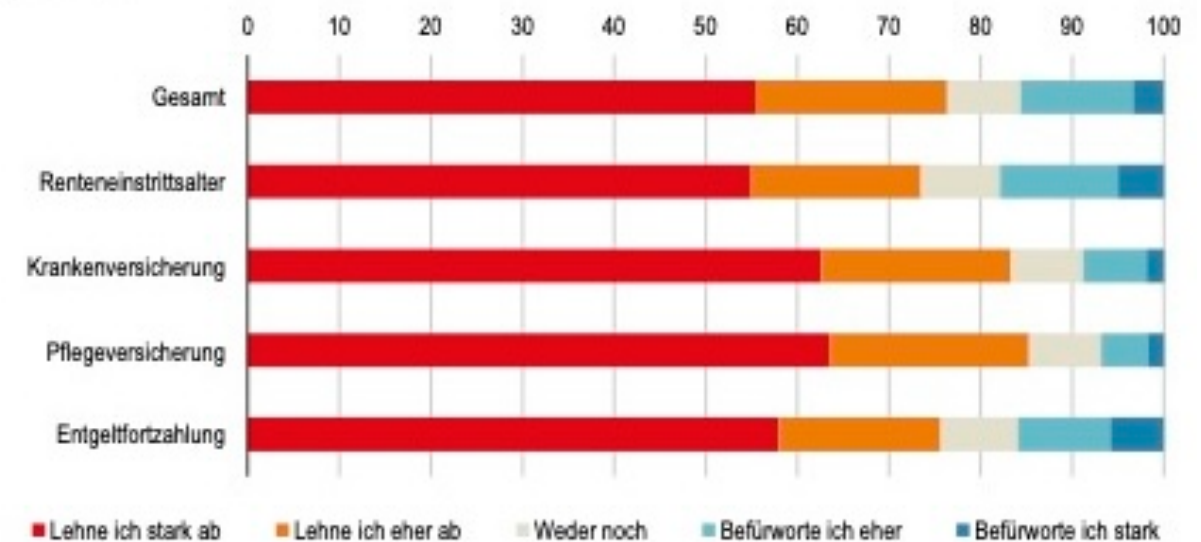
Bevölkerung lehnt die „Reformen“ ab

▶ 76 % lehnen die „Sozialstaatsreformen“ ab, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg. Selbst bei den Anhängern der CDU sind es über 51%.

▶ Bei Selbstständigen und Beamt*innen lehnen mehr als 60 Prozent die diskutierten Reformen ab; bei Arbeiter*innen und Angestellten sind es über 80 %.

▶ Und von denen, die sich große Sorgen um die Zukunft macht, sind 65 Prozent sehr unzufrieden mit den Leistungen der Bundesregierung

Abbildung 1: Einstellungen zu Reformen des Sozialstaats
Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Quelle:
https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009476

Die Schere zwischen Arm und Reich

Geht es um sozialstaatliche Leistungen und die öffentliche Daseinsvorsorge ist in der aktuellen politischen Debatte ausschließlich vom Sparen und Kürzen die Rede, um „unseren“ Wohlstand zu erhalten.

Beim Blick auf die Zahlen und Daten stellt sich jedoch zwangsläufig die Frage, warum hier ausschließlich Arbeitnehmer*innen in den Fokus rücken, während gleichzeitig der Wohlstand auf den Konten der Reichsten – selbst während der weltweiten Krisen in den letzten Jahren – unablässig wächst?

Ausgaben oder Einnahmeproblem?

34 Großerben sollten 2025 rund 3,9 Milliarden Euro Erbschaft- und Schenkungsteuer zahlen.

3,7 Milliarden davon wurden ihnen erlassen. 94 Prozent.

Während bei Bürgergeld, Rente und Sozialstaat über jeden Euro gestritten wird, bekommen Menschen mit riesigen Vermögen Milliarden an Steuern erlassen. Seit Einführung dieser Privilegien für Unternehmenserben 2009 sind der Allgemeinheit laut DGB bereits über 100 Milliarden Euro entgangen.

Das Vermögen der Vermögenden

- **Die ärmere Hälfte der Haushalte besitzt nur 1,2% aller Vermögen.**
- **Die reichsten 10% besitzen 70% aller Vermögen.**
- **Das reichste Prozent besitzt 40% aller Vermögen**
- **Allein die reichsten 4.000 Haushalte haben über zehn Prozent aller Vermögen, im Durchschnitt je 45 Millionen Euro**

Überreichtum bedeutet zudem politische Macht für wenige. Auch schwächt es die Nachfrage, bremst das Wachstum und erhöht die Krisenanfälligkeit einer Volkswirtschaft.

Quelle: DIW Politikberatung kompakt 211, 2026

Eine Frage des lesenden Arbeiters

Warum sollen wir so viel unseres Gehalts für Steuern und Abgaben an den Staat abtreten?

Währenddessen kommen Milliardäre, die ihr Vermögen in Deutschland häufig ohne eigene Leistung geerbt haben, mit 25 Prozent davon, wenn es um ihre Kapitaleinkünfte geht.

Eine Antwort des Dichters Bertolt Brecht

„Reicher Mann und armer
Mann standen da und sah'n
sich an. Da sagt der Arme
bleich: Wär ich nicht arm,
wärst du nicht reich.“

Bertolt Brecht

ZITAT





3.

Der Elefant im Raum auf dem Weg in die Kriegswirtschaft

Der Angriff ist im vollem Gange

Der **Angriff Putins** wird behauptet. Allerdings bestreitet er das und sagt das sei Unfug. Ich habe da meine Zweifel.

Der **Angriff des Kapitals** und der Regierung findet aktuell statt. Die erkämpften sozialen Errungenschaften sollen abgebaut werden.

Sozialpartnerschaft ade.
Das was wir erleben, nennt man Klassenkampf.

Ein Faß ohne Boden

- Ausgaben für Hochrüstung und Militär wurden in den letzten fünf Jahren verdoppelt.
- 2026 sieht der Bundeshaushalt bereits 108,3 Milliarden Euro für Rüstung vor.
- Bis 2029 soll die Summe auf 152 Milliarden Euro gesteigert werden.
- Zukünftig werden die Rüstungsausgaben mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verknüpft und auf fünf Prozent dieses Wertes erhöht wird. Bezogen auf den deutschen Bundeshaushalt von 2024 entsprechen fünf Prozent einem Gesamtaufwand von 215 Mrd. Euro – jährlich! Etwa jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt soll in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließen.
- Die rasante Staatsverschuldung wird zu unerträglichen Zinslast für den Bundeshaushalt

Auf dem Weg in die Kriegswirtschaft

- Mit der „Zeitenwende“ von Bundeskanzler Scholz wurde das „**Primat der Sicherheitspolitik**“ als Richtung bestimmt.
- 2024 erfolgte der Beschluss zur „**Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie**“.
- Es folgte der „**Operationsplan Deutschland**“, mit dem auch die Betriebe auf den Kriegsfall vorbereitet werden.
- Das **5 %-Ziel** wurde 2025 festgelegt
- Die Rüstungsunternehmen nehmen die Bundesregierung in die Verantwortung und fordern Planungssicherheit durch Aufträge und **Abnahmegarantien**.
- Bei der Vergabe von Forschungsaufträgen wird den **verteidigungsrelevanten Aufträgen Vorrang** eingeräumt. Damit verbunden sind Fragen von Klimaschutz, Nachhaltigkeit, aber auch in Bezug auf Arbeitsschutz und Arbeitszeit. Staatliche Planwirtschaft wird immer mehr zum ökonomischen Steuerungselement in der Zeitenwende.
- Eine Umstellung auf **Kriegsproduktion** ist unvereinbar mit Arbeitsschutzgesetzen und Mitbestimmungsrechten, wie sie die Gewerkschaften in den letzten hundert Jahren erkämpft haben.
- Die Beschränkung der **Höchst Arbeitszeit** auf 8 Stunden, die betriebliche Mobilisierung in **Tarifrunden**, die **Mitbestimmung** bei Anordnung von Überstunden und das Recht auf Streik - all das stört in einer Kriegsproduktion.

Militarisierung der Jugend

- Wiedereinführung der **Wehrpflicht**
- Jugendliche können sich ab 17 Jahren bei der Bundeswehr bewerben. 2025 waren das 2.131 Minderjährige. Das sind **Kindersoldaten**.
- Das Verteidigungsministerium platziert **Nachwuchswerbung** direkt auf Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens, um potenzielle Rekruten niederschwellig mitten im Alltag zu erreichen. Neben Brötchentüten wird diese Art der Ambient-Media-Werbung auch auf Pizzakartons oder Dönerpapier gedruckt.
- Berlin und Brandenburg vereinbarten formale Kooperationen, um Jugendoffizieren ab der 9. Klasse den Zugang zum **Unterricht** zu erleichtern.
- Die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr wurde im **Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz** festgeschrieben. Schulen sind gesetzlich angehalten, Angebote der Jugendoffiziere zur politischen Bildung im Unterricht wahrzunehmen.
- Viele Universitäten in Deutschland erlegten sich selbst sogenannte **Zivilklauseln** auf und versprachen, nicht zu militärischen Zwecken zu forschen. Bayern hat solche Zivilklauseln ausdrücklich für unzulässig erklärt.

Militarisierung der Gesellschaft

- Kooperation von Bundeswehr und **Arbeitsagentur**. Grundlage ist eine Vereinbarung zwischen Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius und BA-Chefin Andrea Nahles. Seitdem unterstützt die Arbeitsagentur die Bundeswehr massiv dabei, offene Stellen zu besetzen. Die Arbeitsagentur vermittelt Jobsuchende und Ausbildungsinteressierte nicht mehr nur in zivile Berufe der Bundeswehr, sondern klärt nun auch flächendeckend über den militärischen Dienst als Soldat auf.
- Das Bundeskabinett hat im Juli 2026 die Eckpunkte für eine umfassende **Reform der Sicherstellungsgesetze** beschlossen. Damit erhält der Staat neue, weitreichende Eingriffsrechte in Krisenzeiten: Unternehmen können verpflichtet werden, die Grundversorgung von Bevölkerung und Streitkräften vorrangig abzusichern.
- Mit dem **Arbeitssicherstellungsgesetz** können Beschäftigte der kritischen Infrastruktur, der Rüstungsindustrie, der Rüstungsforschung sowie lebenswichtiger Versorgungs- und Transportbereiche **dienstverpflichtet** werden. Egal ob Energie- oder Wasserversorgung, Gesundheitswesen, öffentliche Verwaltung oder Telekommunikation – nahezu alle Branchen fallen darunter.

Militarisierung des Gesundheitswesens

- Das Gesundheitswesen auf kriegerische Auseinandersetzungen vorbereitet werden. Beschrieben wird das im **Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0** im militärischen Krisenfall.
- Gearbeitet wird an einem **Gesundheitssicherstellungsgesetz**, das erneut der Bundeswehr den Zugriff auf die Beschäftigten des zivilen Gesundheitswesens und dessen Infrastruktur ermöglichen soll.
- Im Herbst 2025 hat die Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, der Berliner Krankenhausgesellschaft und zwölf Berliner Kliniken den „**Rahmenplan für die zivile Verteidigung im Bereich der Berliner Krankenhäuser 1.0**“ erstellt. Unter anderem wird dort die umgekehrte Triage erwogen, bei der geringfügig verletztes militärisches Personal in Krankenhäusern Vorrang vor Schwerstverletzten und Zivilisten bekäme, um Soldaten schnellstmöglich wieder einsatzfähig zu machen. Es werden akut erkrankte Menschen aus Pflegeeinrichtungen als Störfaktoren bei der Behandlung in der Notaufnahme benannt und es ist für Krankenhäuser die Abgabe weitreichender Befugnisse des Leitungs- und Klinikpersonals an Behörden und Militär geplant.
- Im Saarland fand z.B. am 16. Mai 2026 fand die militärisch-zivile **Großübung SaarEX** in Homburg statt. Geübt wird die Versorgung massenhafter Kriegsverwundeter durch Schusswunden, Granatsplitter und Brandverletzungen, die Übergabe und Weiterleitung in die Krankenhäuser. Der Name: „Saar EX“. Die Akteure: Bundeswehr, US-Militär und zivile Blaulichtorganisationen. Die Planungen sprechen von 1.000 Verwundeten pro Tag, die versorgt werden sollen, davon etwa 30 % Intensivpatienten. Natürlich bleiben dann keine Kapazitäten für die normale gesundheitliche Versorgung von Zivilisten, die schon jetzt an ihre Grenzen stößt.

Rüstung - eine Chance?

Natürlich sind wir als Gewerkschaften nicht frei von Widersprüchen. Rüstung sichert eben auch Arbeitsplätze. Und die Kollegen sind froh, wenn sie Arbeit haben.

Allerdings ist die Behauptung, Rüstungsproduktion sei eine Antwort auf die Strukturkrise völlig falsch. Denn dieselben öffentlichen Mittel könnten auch für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, sozialen Wohnungsbau, Bahnen, Schienen Busse, Sanierung und klimaneutrale Industrieproduktion fließen.

Rüstung ist kein Beschäftigungsmotor:

- Eine Milliarde Euro für Rüstung macht rund 3.800 zusätzliche Arbeitsplätze
Für Umwelt bringt die gleiche Summe 6.200 Arbeitsplätze
- Für Bildung 10.700
- im Gesundheitswesen 13.000

Studie aus Deutschland, Italien und Spanien 2024, MPRA Paper No. 120608

Rüstung - tote Konsumtion

Staatliche Ausgaben generieren immer Wachstum, allerdings stehen Rüstungsgüter nutzlos herum, es sei denn, es gibt Krieg. Investitionen in die Daseinsvorsorge oder eine andere Industriepolitik haben eine größere konjunkturelle Wirkung.

Der Multiplikator für Investitionen

(Was kommt bei der Ausgabe des Staates von 1 Euro bei der Wirtschaft an):

- in die Infrastruktur: 1,5 Euro
- in die Bildung: 3 Euro
- in die Rüstung 0 bis 0,5 Euro

laut Solty „Die große Illusion“, Berliner Zeitung, 18.11.25

Entweder oder



Butter oder Kanonen

„Wir werden zur Not auch einmal ohne Butter fertig werden, niemals aber ohne Kanonen“

Joseph Goebbels im Februar 1936

„Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“

Wirtschaftsführer und Chef des Ifo-Instituts
Clemens Fuest im Frühjahr 2024

Gewerkschaften sind Teil der Friedensbewegung

ver.di



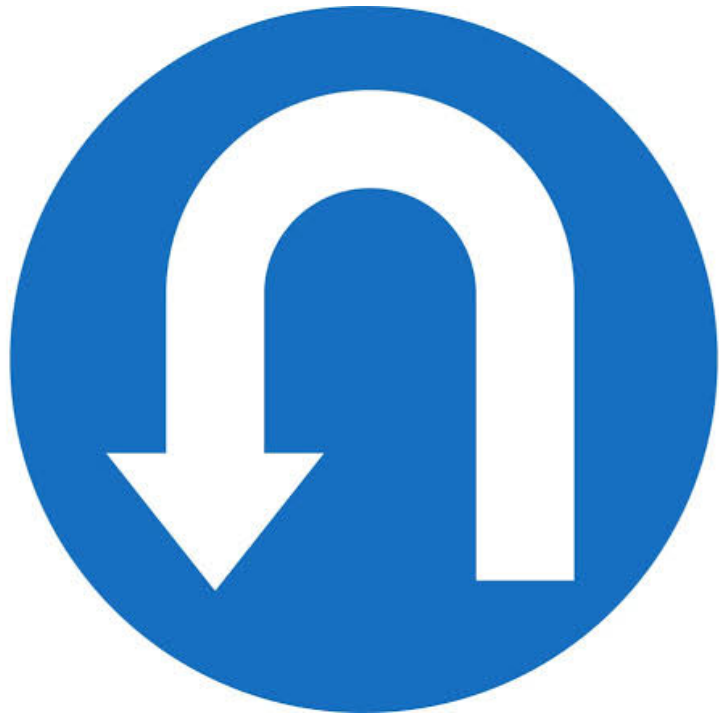
ver.di Ortsverein Saar-Blies
in Aktion





4. Die Zeitenwende wird zum Wendepunkt der Gewerkschaften

Gewerkschaften am Wendepunkt



Die Brutalität mit der die Wirtschaftsverbände und die Bundesregierung die Zerstörung des Sozialstaates betreiben, sollte uns hinterfragen lassen, was denn die „Sozialpartnerschaft“ noch wert ist.

Wir erleben einen Klassenkampf von oben. Das braucht als Antwort den Klassenkampf von unten.

Gewerkschaften am Wendepunkt

Die Umsetzung des Sozialkahlschlages wird zu sozialen Härten bei Hunderttausenden führen. Dazu müssen wir uns verhalten und den Kampf führen.

Die Gewerkschaften dürfen sich nicht in den Regierungskurs in Richtung Aufrüstung und Sozialabbau integrieren lassen.

Jetzt braucht es eine starke, handlungsfähige Gewerkschaft. Menschen, die Haltung zeigen. Und Werkzeuge, die die Kollegen im Alltag unterstützen.

Besinnen wir uns auf die eigene Kraft

Wir müssen in den kommenden Auseinandersetzungen Selbstvertrauen zurückgewinnen. Lernen wir wieder zu kämpfen.

Wir dürfen uns nicht einbinden lassen. Wir müssen mit der Gegenmobilisierung es ernst meinen.

Nur wenn wir nicht kämpfen, wird die Umverteilung von unten nach oben , die durch die Militarisierung verschärft werden wird, ungestört fortgesetzt.

Lasst den Weckruf erschallen

„Einzelne Vorhaben der Regierungskoalitionäre mögen sinnvoll sein - sie können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Union und SPD die Arbeitnehmerrechte schleifen und eben keine Antworten auf die grundlegenden Fragen von sozialer Gerechtigkeit und grundsätzlicher Verteilung von Reichtum und Vermögen finden (können oder wollen?)“

„Wir werden nicht daran gemessen, wie gut wir mit Regierungen auskommen, sondern daran, wie entschlossen wir uns für die Interessen der Beschäftigten einsetzen.“

Das schrieb unsere Vorsitzende des Gewerkschaftsrates **Lisette Hörig** an die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi.

Die Wut nicht den Rechten überlassen

„Wenn die Menschen wegen Personalabbau und Sozialangriffen wütend werden, dürfen wir ihnen diese Wut nicht ausreden.“

Hans-Jürgen Urban
geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



5. Hart verdient - deine Rechte und soziale Standards heraus zum 26. September

Jetzt alle Anlauf nehmen

Das sind keine „Reformen“, das ist der Generalangriff auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Dieser Angriff ereilt uns in einer Phase Schwäche. Wir werden diesen Angriff nicht ohne weiteres aufhalten können.

Wir müssen stärker werden. Wir brauchen kämpfende Betriebe und Verwaltungen. Wir brauchen auch den Aufstand der Senioren. Das gemeinsame erfolgreiche Handeln muss wieder erlernt werden.

Dazu werden wir alle gebraucht.

SEI DABEI!

26. SEPTEMBER



**STABIL
BLEIBEN
SOZIAL
GESTALTEN**



26.9.2026

Saarbrücken

Demo ab 11 Uhr vom Bürgerpark

Kundgebung 12 Uhr, Schlossplatz

Hauptredner: Ralf Reinstädler, geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch

ver.di macht seit Langem Vorschläge, wie es besser geht.

- Eine Rente, die die Lebensleistung der Menschen anerkennt, ist nämlich finanzierbar.
- Eine Pflege, in der niemand mit den Kosten allein bleibt, ebenfalls.
- Stattdessen wird bei denen gespart, die auf den Sozialstaat angewiesen sind.

Wir wollen...

- eine Rente, die die Lebensleistung der Menschen anerkennt!
 - die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen und faire Aussichten mit Sicherheit für alle!
 - dass die tägliche Höchstarbeitszeit erhalten bleibt. Deshalb Finger weg vom 8-Stunden-Tag!
 - keine Krankschreibung ab dem ersten Tag!
 - eine gute Versorgung und stabile Krankenversicherungen statt einfallslöser Kürzungen, miesen Arbeitsbedingungen und einseitiger Belastung der Versicherten!
 - dass die Pflegeversicherung neu aufgestellt wird: Sicher, solidarisch, zukunftsfest!
 - dass die geplanten Kürzungen beim Wohngeld nicht in Kraft treten!
 - dass weiterhin in der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe die Schwächsten am stärksten geschützt sind!
 - keinen pauschalen Stellenabbau bei Bundesbehörden und mittelbarer Bundesverwaltung!
- Wir wollen guten Service für alle Bürger*innen!

Jede und jeder wird gebraucht

„Sichere Renten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Schutz bei Arbeitslosigkeit wurden von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern über Generationen erkämpft. Auch du trägst dazu bei, diese Errungenschaften zu erhalten.

Jetzt werden arbeitende Menschen als faul verunglimpft, während längere Arbeitszeiten und Einschnitte in unsere soziale Sicherheit geplant werden. Damit wird die Axt an den Sozialstaat gelegt. Das lassen wir nicht ohne Widerstand geschehen!“

Marion Paul,
ver.di Landesbezirksleiterin am 27. August in einer Mail an alle Mitglieder

Zusammen



„Zusammen stemmen wir uns gegen diesen Klassenkampf von oben, der weder Wachstum noch sichere Arbeitsplätze bringt und unsere Gesellschaft ärmer macht.“

Frank Werneke,
ver.di-Vorsitzender

Dabei sein ist alles

Lasst uns Seniorinnen und Senioren eine starke Gruppe in dieser Demonstration sein. Sie wollen den Jungen unsere Errungenschaften nehmen, die wir erkämpft haben.

Sie wollen auch uns beklauen.

Kommt alle und bringt eure Familien und Freunde mit.

Wir werden gebraucht.



Viele Dank für die Aufmerksamkeit!

[Kontakt: Michael@Quetting.de]